



Mittwoch
28. September 2011

Fr. 3.00, Ausland: € 2.30 / AZ 8021 Zürich
119. Jahrgang Nr. 226 – Auflage 203 636

Andrea Stauffacher Sie gilt als «ewige Revolutionärin» des Schwarzen Blocks – und steht heute vor Gericht. 4

Radsport ETH-Forscher suchen nach der optimalen Trittfrequenz in der Ebene und am Berg. 38

Bob de Boumaa Englands beliebte Spielzeugfigur wandert wohl aus. 2



Zwei Armeebeiräte sind mit der Kampfjet-Lobby verbandelt

Das Gremium, das die Schweizer Armee bei ihrer Zukunftsplanung berät, ist nicht unabhängig.

Von Christian Brönnimann, Bern

Im Armeebeirat – einem Beratungsgremium innerhalb des Verteidigungsdepartements – sitzen zwei Vertreter, die direkt mit der PR-Agentur Farner verbandelt sind. Dies stellt deren Unabhängigkeit infrage, denn Farner hat derzeit ein Mandat zur Vermarktung des Rafale-Kampfjets inne – eines der drei Flugzeugtypen, die der Bundesrat für den Tiger-Teilersatz ins Auge gefasst hat. Konkret führt Farner die Geschäftsstelle von zwei armeenahen Organisationen, die je einen Beiratsvertreter

stellen. Ein Farner-Mitarbeiter sagt unverhohlen, dass es einen inhaltlichen Austausch zwischen Farner und den Mitgliederverbänden gebe. Der grüne Nationalrat und GSoA-Strategie Jo Lang spricht von einem «Skandal» und will den Umstand schleunigst via Sicherheitspolitische Subkommission auf das politische Parkett bringen. Beim VBS weicht man kritischen Fragen zur Konstellation im 17-köpfigen Beirat aus. Man äussere sich nicht zu «Spekulationen» über eine mögliche Interessenbindung von Beiratsmitglie-

dern, ist aus der Kommunikationsabteilung zu vernehmen. **Rascher Kampfjetkauf** Das Parlament hat gestern derweil die Weichen gestellt, um den raschen Kauf von neuen Kampfjets noch in dieser Session unter Dach und Fach zu bringen. Nachdem der Nationalrat am Morgen auf seiner Variante zur Finanzierung der Jets beharrte – 5 Milliarden Armeebudget jährlich, inklusive der neuen Jets – entschied die Sicherheitspolitische Kommission (SIK) des Ständerats am Nach-

mittag, sich dieser Variante anzuschliessen. Heute kommt das Geschäft bereits wieder ins Plenum der kleinen Kammer. SIK-Präsident Bruno Frick (CVP) ist zuversichtlich, dass der Rat dem Antrag seiner Kommission folgen wird. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf warnte in der Sendung «Echo der Zeit» auf Radio DRS umgehend, die Aufstockung der Armeegelder werde zu Sparmassnahmen in anderen Bereichen führen. Am ehesten infrage kämen Infrastruktur, Bildung und Forschung. *Berichte Seite 3*

Gemeinde baute Weg nur für Asylbewerber

Die Nachbarn liefen Sturm, als Birmensdorf gleich neben dem Waffenplatz eine Containersiedlung für 24 Asylbewerber plante. Obwohl das Baurekursgericht alle Beschwerden dagegen abwies, machten die lokalen Behörden grosse Zugeständnisse an die protestierenden Anwohner. So baute die Gemeinde pünktlich zur Eröffnung der Asylunterkunft einen beleuchteten Kiesweg, der unmittelbar von den Containern durch ein Waldstück zur unbelebten Hauptstrasse führt. Die Idee dahinter: Die Asylbewerber sollten dank dieser Gasse direkt zum Bahnhof gelangen, «ohne das Wohnquartier zu durchqueren». Zudem pflanzte der gemeindeeigene Werkdienst Büsche, «um die Container gegen aussen etwas zu kaschieren», wie SVP-Gemeindepräsident Werner Steiner sagt. Gegenüber dem TA kritisiert ein Anwohner, wie die Gemeinde mit den Flüchtlingen umspringe. Er fühle sich durch diese «Asylantengasse» an dunkle Zeiten erinnert, in denen es noch «Jugendgassen» gegeben habe. «So etwas ist menschenverachtend.» (*pak*) – *Seite 13*

FCB für Mut belohnt – 3:3 in Manchester

Der FC Basel schaffte in der Champions League vor der beeindruckenden Kulisse des Old-Trafford-Stadions beinahe die Sensation. Die Basler führten bis zur 90. Minute, ehe Young für ManU doch noch das 3:3 erzielte. Trotzdem ist das Resultat gegen den 19-fachen englischen Meister nicht hoch genug einzuschätzen, zumal der FCB zur Halbzeit noch 0:2 zurücklag, danach die Partie aber wen dete – Fabian Frei traf einmal, Alex Frei zweimal. Insgesamt schoss Basel 14-mal aufs gegnerische Tor, was sonst kaum einem Gegner in Manchester gelingt. Nachdem Trainer Thorsten Fink die erste Enttäuschung weggesteckt hatte, sagte er: «Es war ein Traum, hier so zu spielen.» Nach dem wertvollen Remis und dem 1:0 Benficas in Galati bleibt sein Team Leader der Gruppe C. Im Schlagerspiel kam der FC Bayern derweil zu einem 2:0 gegen Manchester City. Die Mannschaft aus England hatte in der ersten Halbzeit zwar Vorteile, die Münchner aber zeigten sich kaltblütig: Torjäger Gomez war bei zwei Abprallern als Erster zur Stelle. (*sis*) – *Seite 52*

Verspätete Ehre für Roman Polanski



Foto: Getty Images

Mit zwei Jahren Verspätung hat Regisseur Roman Polanski gestern den Preis für sein Lebenswerk am Zurich Film Festival abgeholt. Angst vor einer Verhaftung musste er nicht haben – Polanski ist nicht mehr im nationalen Fahndungssystem ausgeschrieben. – *Seite 27*

FDP führt Kampf für neue AKW-Generation weiter

Will der Ständerat einen konsequenten Atomausstieg, kämpft die FDP weiter für neue Kerntechnologien.

Von David Schaffner, Bern

In einem letzten Kraftakt vor der heutigen Abstimmung über den Atomausstieg im Ständerat haben CVP, GLP und Linke die Chancen für einen Ausstieg ohne Hintertüre stark erhöht: Auf ihr Wirken hin hat die Energiekommission gestern beantragt, darauf zu verzichten, nur neue Atomkraftwerke «der heutigen Generation» nicht mehr zu bewilligen. Wie

der Nationalrat will die Kommission nun generell keine neuen AKW zulassen. Da sich die CVP-Ständeräte voraussichtlich mehrheitlich hinter diesen Vorschlag stellen, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass der Ständerat heute einen konsequenten Ausstieg beschliesst. **Ranking für alle Techniken** Keine Freude über diese Ausgangslage haben SVP und FDP. Insbesondere die FDP-Ständeräte hatten dafür gekämpft, eine Anwendung von neuen Technologien aus der Kernenergieforschung nicht schon heute abzulehnen. Die Freisinnigen Rolf Büttiker und Rolf Schweiger sind überzeugt, dass ihre Partei in den

nächsten Jahren weiter dafür kämpfen wird, den Atomausstieg aufzuweichen. Gelegenheit dazu bieten wird das Kernenergiegesetz, das der Bundesrat im Auftrag des Parlaments nun voraussichtlich revidieren muss. Schweizer betont, dass sich das Parlament in der späteren Beratung dieses Gesetzes nicht strikt an die Vorgaben aus der Ausstiegsmotion halten muss. Er schlägt vor, dass künftig sämtliche Stromgewinnungsmethoden einem Ranking unterzogen werden. Schneide die Atomenergie aufgrund von technischen Verbesserungen künftig besser ab als andere Methoden, müsse sie wieder zur Option werden. *Kommentar Seite 2, Bericht Seite 5*

Heute

Grossbritannien
Ed Miliband übt scharfe Kritik an der Regierung
Der britische Oppositionsführer Ed Miliband hat am Parteitag seiner Labour-Partei in Liverpool seine Rede zum Angriff auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung genutzt. Den konservativen Premierminister David Cameron forderte er zur Umkehr auf. Cameron hatte letztes Jahr ein milliardenschweres Kürzungspaket geschnürt, das Grossbritannien erschütterte. – *Seite 7*

Hardbrücke Die beiden Ampeln an der Rosengartenstrasse bleiben

Die Lichtsignale, welche die Dienstabteilung Verkehr der Stadt Zürich 2009 installiert hat, sollen bleiben. Ursprünglich war vorgesehen, sie nach Abschluss der Sanierungsarbeiten wieder zu entfernen. «Mit den Ampeln können die Autos dort gestaut werden, wo sie Platz haben, nämlich ausserhalb der Innenstadt», so die Dienstabteilung. Das komme auch dem Gewerbe entgegen. – *Seite 13*

Budget 2012 Schwarze Null in Zürich, Überschuss in Winterthur

Die Stadt Zürich legt für das kommende Jahr ein ausgeglichenes Budget mit einem kleinen Plus von 3,4 Millionen Franken vor. Der Steuerfuss soll bei 119 Prozent bleiben. Auch der Winterthurer Stadtrat hat gestern das Budget für das kommende Jahr präsentiert. Es zeigt einen Überschuss von 4,8 Millionen Franken. Die Steuern werden trotzdem nicht gesenkt. – *Seite 15*

Bankenaufsicht Mögliche ZKB-Altlasten sind vorerst kein Thema

Vor einer Woche bestätigte die Zürcher Kantonalbank, dass Untersuchungen der US-Justizbehörden gegen sie laufen. Heute nun muss sich die ZKB vor der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen verantworten. Angesichts der US-Ermittlungen hat die Kommission bei der Bank etliche Fragen eingereicht. Diese betreffen allerdings nur die Gegenwart. – *Seite 39*

Kommentare & Analysen

«Er sieht in den Künstlern Kinder, denen die Politik Spielplatz und Sackgeld zuweist.»

Christoph Fellmann über Bundesrat Didier Burkhalter's Auffassung von Kultur. – *Seite 9*

Weshalb sich die Schweiz für eine Anerkennung Palästinas in der UNO einsetzen sollte. – *Seite 9*

Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Todesanzeigen	24
Veranstaltungen	30
Fernsehprogramme	32, 33
Rätsel	37
Börse	43, 45, 47



Schweiz



Der Rafale ist einer von drei Jets, die der Bundesrat für den Tiger-Teilersatz evaluiert. An der Paris Air Show war er in einer Demonstration zu sehen. Foto: François Mori (AP, Keystone)

Armeebeirat: Von PR-Firma Farner geführte Organisationen reden mit

Der Bund wird bezüglich «Weiterentwicklung der Armee» von Vertretern zweier Organisationen beraten, die von jener PR-Agentur geführt werden, die ein Mandat zur Vermarktung der Rafale-Kampffjets hat.

Von Christian Brönnimann, Bern
Pro Tell, Pro Militia, ETH Zürich oder Schweizerische Offiziersgesellschaft. Der 17-köpfige Armee-Beirat, der das Verteidigungsdepartement (VBS) in wichtigen Fragen zur Zukunft der Armee berät, besteht aus Vertretern verschiedener meist armeenaher Organisationen. Die PR-Agentur Farner sei im Beirat nicht vertreten, erklärte der Bundesrat am Montag auf eine Anfrage des grünen Nationalrats und GSoA-Strategen Jo Lang. Das stimmt zwar formell, aber: Im Beirat sitzen je ein Vertreter des Vereins Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW) und der Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM), die beide von der PR-Agentur Farner geführt werden.

«Aktive Einflussnahme»
Farner sei «stolz» auf die Geschäftsführung der zwei Organisationen, «die auf eine erfolgreiche Geschichte aktiver Einflussnahme auf Richtungsentscheide der Schweizer Sicherheitspolitik und deren Bestätigung an der Urne» zurückblickten, schreibt das Unternehmen auf seiner Website. Man plane Aktivitäten oder realisiere Publikationen, erläutert Farner-Mitarbeiter und AWM-Geschäftsführer Reto Sidler das Engagement. Es liege auf der Hand, dass auch ein inhaltlicher Austausch zwischen der Geschäftsstelle und den Mitgliederverbänden stattfinde.
Seit Jahrzehnten mischt das rechtsbürgerlich verortete PR-Unternehmen Farner in der Armee- und Sicherheitspolitik mit und lobbyiert für militärische Zwecke. Derzeit hat Farner ein Mandat des französischen Herstellers des Rafale-Kampffjets inne - einer der drei Jettypen, die der Bundesrat für den Tiger-Teilersatz evaluiert. Offiziell spricht man in der verschwiegene Branche nicht über Details des Mandats. Handfester Beweis für die Zusammenarbeit ist, dass der Internetauftritt von Rafale in der Schweiz über die «Farner Consulting AG» läuft.
Für Nationalrat Lang ist es ein «Skandal», dass Farner-Vertreter zumindest indirekt im Beirat «Weiterentwicklung der Armee» sitzen, denn Farner setze sich

für den Kauf von Rafale-Jets ein. Es sei vom Bundesrat «nicht sauber», dass er in seiner Antwort nicht reinen Wein einschenkt habe.
«Ausschliesslich intern»
Im Verteidigungsdepartement gibt man sich zugeknöpft. Auf die Frage, wie man die beschriebene Konstellation beurteile und ob allenfalls unerwünschte Interessenbindungen vorlägen, schreibt die Pressestelle: «Zu Spekulationen äussern wir uns nicht.» Auch die Frage, wie das VBS die Unabhängigkeit der Beiratsmitglieder sicherstellt, wird umschifft. Die ungekürzte Antwort: «Im Armeebericht 2010 wird festgehalten, dass die Grobkonzepte unter Einbezug externer Spezialisten zu erarbeiten sind. Beim Beirat wie auch beim Thinktank handelt es sich um Fachgremien, welche im Rahmen dieser Arbeiten konsultiert werden.»

Neue Kampfflugzeuge Das Volk soll nicht mitreden

Beim Kauf der neuen Jets zeichnet sich eine Einigung im Parlament ab: Die Räte wollen die Flugzeuge über das ordentliche Rüstungsbudget kaufen.
Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SIK) ist gestern auf die Linie des Nationalrats eingeschwenkt. Der Entscheid fiel mit 6 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Der Ständerat hatte sich bisher für eine Sonderfinanzierung von 4 Milliarden Franken für neue Jets und 1,2 Milliarden zur Deckung von Ausrüstungslücken ausgesprochen. Darüber hätte das Volk befinden können.
Nach dem SIK-Entscheid dürfte sich heute auch der Ständerat dem Nationalrat anschliessen. Damit würde der Bundesrat beauftragt, die Armeeaussgaben auf 5 Milliarden im Jahr zu erhöhen und die Jets über das ordentliche Rüstungsbudget zu kaufen.

Der Sitzungsrythmus, die Dokumente sowie die Ansichten und Äusserungen des Beirates werden laut VBS «ausschliesslich intern gehandelt». Protokolle würden keine geführt. Nur so viel lässt sich das VBS entlocken: Die Mitglieder des Beirates erhalten ausser Weg- und Verpflegungsspesen keine finanziellen Entschädigungen.
Auch die Namen der Beiratsmitglieder geben weder das VBS noch Farner oder die Präsidenten von VSWW oder AWM bekannt. Er wisse selber nicht, wer im Beirat sitze, sagt VSWW-Präsident Günter Heuberger.
Nicht zum ersten Mal kritisiert
Nationalrat Lang plant nun, eine Sitzung der Sicherheitspolitischen Subkommission zum Tiger-Teilersatz einzuberufen, um die Sachlage zu diskutieren. Die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen

sei ein enorm heikles Geschäft. Gerade deshalb sei nicht die kleinste Unstimmigkeit tolerierbar, sagt er.
Farner steht nicht zum ersten Mal in der Kritik. Im Vorfeld der Beschaffung der letzten Kampffjets des Typs F/A-18 in den 90er-Jahren gab ein Auftritt des damaligen Verwaltungsratspräsidenten, Divisionär Gustav Däniker, vor der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats zu reden. Däniker warb für den F/A-18-Jet - ohne zu erwähnen, dass seine Agentur den Auftrag hatte, eben dieses Flugzeug in der Schweiz zu vermarkten.
Vor zwei Jahren machte Schlagzeilen, dass eine Farner-Mitarbeiterin ein Strategietreffen der GSoA ausspioniert hatte. Der Druck auf das PR-Unternehmen wurde in der Affäre schliesslich so gross, dass es sich gezwungen sah, ein internes Dokument zu publizieren.
Vergeblich warnten SP und Grüne vor Einsparungen bei der Bildung oder im Sozialen. Vor den Wahlen würden die Bürgerlichen wohlweislich nicht sagen, wo sie das Geld für die Armee einsparen wollten, sagte Evi Allemann (SP, BE). Nach den Wahlen müssten sie jedoch Farbe bekennen. Jo Lang (Grüne, ZG) bezeichnete das Finanzierungsmodell des Nationalrats als «Gipfel der unseriösen Zahlenjongliererei».
Die Mehrheit liess sich davon nicht beeindrucken: Mit 98 zu 93 Stimmen lehnte der Rat den von der Mehrheit der CVP unterstützten Antrag von SP und Grünen ab, den Ausgabenplafond in einen referendumsfähigen Beschluss zu giessen. Die Bürgerlichen verteidigten ihre Haltung und kritisierten ihrerseits SP und Grüne. «Stehen Sie doch dazu, dass Sie die Armee abschaffen wollen», sagte Bruno Zuppiger (SVP, ZH). Die Armee habe in den letzten Jahren immer weniger Geld erhalten. Nun sei es an der Zeit, ihr die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. (SDA)

Scharfe Kritik der Linken
Vor dem Entscheid der Ständeratskommission hatte der Nationalrat gestern beschlossen, an seiner Variante festzuhalten. Erneut wurde dabei heftig gestritten. Die Linke kritisierte die geplanten Mehrausgaben für die Armee scharf. Sie beantragte nochmals, den Plänen des Bundesrats zu folgen, der die Armeeaussgaben auf jährlich 4,4 Milliarden begrenzen und den Flugzeugkauf verschieben wollte. Der Antrag blieb jedoch chancenlos: Der Rat lehnte ihn mit 112 zu 76 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Werbeverbot für Kleinkredite gefordert

Der Nationalrat befürwortet ein Werbeverbot für Kleinkredite. Mit 93 zu 73 Stimmen überwies er gestern eine Parlamentarische Initiative von Josiane Aubert (SP, VD) mit dem Auftrag, ein Verbot ins Gesetz aufzunehmen. Die Verschuldung sei nicht nur ein Problem der Privaten, sondern auch der Öffentlichkeit, die oft für private Schulden aufkommen müsse, sagte Aubert. Ein Werbeverbot helfe, «das Übel an der Wurzel zu bekämpfen». 80 Prozent der jungen Verschuldeten hätten ihre ersten Schulden vor dem 25. Geburtstag angehäuft, so Aubert. Es wäre «heuchlerisch», die Prävention zu stärken und gleichzeitig Werbung für Kleinkredite zuzulassen. Heute sei es nicht einmal möglich, auf Kantons- oder Gemeindeebene ein Verbot durchzusetzen. Das von Aubert angeführte Beispiel: Die Stadt Lausanne war vom Waadtländer Kantonsgericht zurückgepfiffen worden, als sie ein Verbot für Plakate erlassen hatte, die für Kleinkredite werben.
Die grosse Kammer entschied gegen den Willen der Kommissionsmehrheit. Sprecher Hansjörg Walter (SVP, TG) räumte zwar ein, dass die «sehr intensive Werbung» vor allem auf jüngere Konsumenten ziele und dass diese häufig über ihren Verhältnissen lebten. «Ein generelles Verbot vermag das Problem aber nicht zu lösen», gab er sich überzeugt. Abgrenzungsprobleme seien zu befürchten: «Wäre Werbung für Leasing-Angebote noch gestattet?», fragte Walter. Ausserdem trage die Werbung zur Transparenz am Markt bei. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. (SDA)

Nachrichten

Publikumsrat
Schawinski lässt seine Gäste zu wenig ausreden
Der SRG-Publikumsrat übt Kritik an Roger Schawinski. Der Moderator der SF-Sendung «Schawinski» lasse seine Talkgäste zu wenig zu Wort kommen, lasse sie «kaum aussprechen und behalte stets die Oberhand», teilte der Publikumsrat gestern mit. Als «sehr anstrengend» beurteilt er das hohe Tempo, das Schawinski in den ersten drei Sendungen anschlagen habe. Dies habe die volle Konzentration der Zuschauer erfordert. Zwar seien viele Themen angeschnitten, aber nicht vertieft worden. Bemängelt wird auch die Rollenverteilung: Schawinski bereite sich zwar umfassend auf seine Gäste vor, er sei aber «klar der Chef». Das Gespräch finde deshalb kaum auf Augenhöhe statt. (SDA)

Elementarschäden
Ständerat will obligatorische Erdbebenversicherung
Der Bundesrat soll sich für eine obligatorische Erdbebenversicherung einsetzen. Der Ständerat hat gestern eine entsprechende Motion von Jean-René Fournier (CVP, VS) gutgeheissen. Verhandlungen zwischen Kantonen, Versicherern und Hauseigentümern über eine solche Versicherung liegen derzeit auf Eis. Gemäss der Motion sollen Erdbebenschäden in die Elementarschadenversicherung aufgenommen werden und die Prämie in der Schweiz einheitlich sein. Der Bund könne die obligatorische Erdbebenversicherung nicht über den vorgeschlagenen Weg realisieren, sagte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Für eine Einheitsprämie brauche es eine Bundeskompetenz und damit eine Änderung der Verfassung. Der Bundesrat lehne die Motion ab, sagte sie. Den Ständerat beeindruckte das nicht. (SDA)

Armee
Keine Armeeanenne auf dem Moléson
Das Verteidigungsdepartement (VBS) verzichtet auf den umstrittenen Bau einer 40 Meter hohen Armeeanenne auf dem Moléson im Kanton Freiburg. Das VBS und der Freiburger Staatsrat wollen nun gemeinsam Alternativen prüfen. Die Montage der 40 Meter hohen Antenne sollte eigentlich gestern erfolgen. Nachdem die Freiburger Behörden dem Bund vorgeworfen hatten, in die Planung nicht einbezogen worden zu sein, hatte das VBS die Vorbereitungsarbeiten letzten Freitag gestoppt. (SDA)